

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 91 (1997)
Heft: 6

Vereinsnachrichten: Aus unseren Vereinigungen : gemeinsame Jahresversammlungen der Freundinnen und Freunde des Neuen Wege und der Religiös-sozialistischen Vereinigung ; Beispiel NOVARTIS - die neue Kunst der Gewerkschaftspolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus unseren Vereinigungen

Gemeinsame Jahresversammlungen der Freundinnen und Freunde des Neuen Wege und der Religiös-sozialistischen Vereinigung

Bereits zum zweiten Mal nach 1996 finden die Jahresversammlungen der Freundinnen und Freunde der Neuen Wege und der Religiös-sozialistischen Vereinigung der Deutschschweiz am 10. Mai 1997 gemeinsam statt. Zum ersten Mal «seit Menschengedenken» treffen sich die religiösen Sozialistinnen und Sozialisten zudem in Basel. Hans-Adam Ritter freut sich, 44 Personen aus beiden Vereinigungen im Gemeindezentrum der Kirchgemeinde St. Leonhard zu empfangen. Markus Mattmüller erinnert daran, dass Leonhard Ragaz am Münster zu Basel damit begonnen hat, die religiös-soziale Botschaft vom «Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit» zu verkünden.

Jahresberichte

Hansjörg Braunschweig, der scheidende Präsident der Freundinnen und Freunde der Neuen Wege sowie René Budry, Vorstandsmitglied der Religiös-sozialistischen Vereinigung, führen durch die Versammlung. Nach der Verdankung des von Ferdi Troxler verfassten *Protokolls* der vorjährigen Jahresversammlung gibt Hansjörg Braunschweig einen Rückblick auf das vergangene Jahr der *Neuen Wege*. Es ist nicht selbstverständlich, dass die Zeitschrift Monat für Monat erscheint. Dies ist einerseits den aktiven Leserinnen und Lesern, den zahlreichen Spenden und der gestrengen Buchführung von Irène Häberle zu verdanken; andererseits verbürgen die Planung der Redaktionskommission, die lesenswerten Kolumnen des Redaktors und die gepflegte Arbeit der Genossenschaft Widerdruck die Qualität der *Neuen Wege*. Auch wenn die Anzahl der Abonnemente einen leichten Rückgang zu verzeichnen hat, scheint die nähere Zukunft der *Neuen Wege* finanziell gesichert. Besonders erwähnt wird die Sondernummer zum letzten Jahresende, die das 90jährige Bestehen der Zeitschrift und der Religiös-sozialen Bewegung feierte. Dieses historisch anregende Heft fand auch ausserhalb unserer Kreise ein positives Echo.

Im Lauf der letzten Jahre gab es *sanfte Veränderungen* in der inhaltlichen Gestaltung der Zeitschrift: Fast jedes Heft enthält heute ein NW-Gespräch. Auch die thematische Einstimmung zu Beginn einer jeden Nummer hat neue Formen gefunden. Neben den üblichen biblischen Betrachtungen finden hier Gedichte und Kolumnen ihren Platz. Zu erwähnen bleibt noch, dass selbst der Humor in den *Neuen Wegen* nicht zu kurz

kommt. Auf besondere Zustimmung stossen die Artikel von Vre Karrer. Neben den eher theoretischen Auseinandersetzungen mit der Gegenwart setzen diese Berichte aus Somalia ein konkretes Zeichen für eine bessere Zukunft.

Für die *Religiös-sozialistische Vereinigung* erwähnt René Budry verschiedene Veranstaltungen während des Berichtsjahrs. Zusammen mit der Evangelischen Hochschulgemeinde in Zürich wurde ein Zyklus zu den Thesen von Ulrich Duchrow organisiert. Gemeinsam mit der «Helferei» war die Vereinigung Trägerorganisation für eine Reihe von Veranstaltungen zum UNO-Jahr zur Überwindung der Armut. Finanziell unterstützt wurde auch die Konferenz der Europäischen Gesellschaft für feministische Theologie. Einzelne Mitglieder, insbesondere Louise Schneider und Hansheiri Zürcher, haben sich stark für die Armeehalbierungs- und Waffenausfuhr-Initiativen eingesetzt.

Ein neues Grundsatzpapier

Die *Jahresrechnungen* beider Vereine geben zu keiner Diskussion Anlass. Die kompetente Buchführung von Irène Häberle wird im Revisionsbericht hervorgehoben und von den Anwesenden verdankt. Zur allgemeinen Zufriedenheit sind die beiden Jahresrechnungen positiv ausgefallen.

Vor Jahren hat die Religiös-sozialistische Vereinigung die Abfassung eines neuen Grundsatzpapiers beschlossen. Wie es aber so geht, blieb der Entwurf in verschiedenen Schubladen liegen. Um zu einem verbindlichen und repräsentativen Text zu kommen, beauftragt die Jahresversammlung den Vorstand, dieses Papier in den nächsten Wochen in eine *breite Vernehmlassung* zu geben und anschliessend den Text zuhanden einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung im kommenden Herbst in Bern zu bereinigen.

Von Hansjörg Braunschweig zu Pia Hollenstein

Bei der religiös-sozialistischen Vereinigung gibt es keine Veränderungen im Vorstand. Alle Mitglieder sind bereit, ihre Arbeit weiterzuführen. Bei den *Neuen Wegen* hingegen kommt es zu einer gewichtigen Änderung. Wie bereits vor einem Jahr angekündigt, tritt Hansjörg Braunschweig von seinem Amt als Präsident der Trägervereinigung zurück. Während 13 Jahren haben sein politisches und soziales Engagement die *Neuen Wege* begleitet. Aktiv hat er an den Sitzun-

gen und Tagungen der Redaktionskommission mitgearbeitet. Dabei legte er besonderes Gewicht auf die Freiheit der Redaktion. Sein Engagement für einen demokratischen Sozialismus, der durch die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und durch die aktive Gewaltlosigkeit erreicht werden soll, hat auch die Neuen Wege geprägt. Der Redaktor dankt Hansjörg Braunschweig mit dem Buch «Die Juden und die Schweiz» des Historikers Jacques Piccard.

Als Nachfolgerin für Hansjörg Braunschweig schlägt der Vorstand mit Pia Hollenstein eine engagierte Frau vor, die als Nationalrätin der Grünen über eine gesamtschweizerische Ausstrahlung verfügt. Sie wird mit ihrem pazifistischen, ökologischen und feministischen Enga-

gement und ihrem Eintreten für eine sozialere und offenere Schweiz frischen Wind in die Trägervereinigung der Neuen Wege bringen. Nach einer kurzen Diskussion über das Verhältnis der Neuen Wege und des Religiösen Sozialismus zur Grünen Partei und zur SP wird Pia Hollenstein einstimmig gewählt.

Ebenfalls aus dem Vorstand der Neuen Wege tritt *Ferdi Troxler* zurück. Nach seiner Ablösung als Werbeverantwortlicher durch Christoph Rauh im Vorjahr hat Ferdi Troxler diesen Übergang aktiv begleitet und ist auch weiterhin bereit, die einzelnen Nummern den linken Medien und der kirchlichen Presse vorzustellen. Seine Arbeit und sein Mitdenken werden von Willy Spieler verdankt.
Christoph Freymond

Beispiel NOVARTIS – die neue Kunst der Gewerkschaftspolitik

Da Basel nicht nur Tagungsort, sondern auch «Tatort» der *Fusion der beiden Chemieriesen Ciba und Sandoz* zu NOVARTIS – einer der grössten Fusionen in der kapitalistischen Entwicklung überhaupt – ist, wird dieses Beispiel zum Aufhänger für die öffentliche Veranstaltung am Nachmittag, an deren Organisation sich auch die «Sozialistischen Kirchgenossen Basel» beteiligt haben. Am «Beispiel NOVARTIS» soll die gesellschaftspolitisch heute wohl brisanteste Frage der zunehmenden Arbeitslosigkeit und Verarmung breiter Volksschichten diskutiert werden. Da die *Gewerkschaften* auch heute noch die stärkste Waffe in der Hand der Werktätigen sind, ist die Gewerkschaftsbewegung besonders herausgefordert, nach gangbaren Wegen in der Auseinandersetzung mit einem sozial und ökologisch rücksichtslosen Neoliberalismus zu suchen.

Grundlage der von *Hansjörg Braunschweig* moderierten Tagung ist ein Gespräch zwischen *Hans Schächli*, einem erfahrenen Gewerkschaftspraktiker mit Weitblick und seriöser theoretischer Fundierung, und *Mascha Madörin*, einer profilierten feministischen Ökonomin, die sich als «kritisch solidarisch zu den Gewerkschaften» bezeichnet und mit erfrischend provokativen Äusserungen an ihre Adresse nicht zurückhält. Ein geradezu ideales Tandem für diesen Diskurs!

Wirtschaftswachstum allein genügt nicht

Die massive *Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen* zufolge der rasanten technischen Revolution kann längerfristig nicht durch blosse Wachstumsstrategien aufgefangen werden. Dies wäre aus ökologischen Gründen auch gar nicht erstrebenswert. Das bedeutet keine Absage an eine aktive Beschäftigungspolitik seitens der öffentlichen Hand und der Nationalbank. Soweit es sich

nicht bloss um konjunkturelle, sondern auch um strukturelle Arbeitslosigkeit handelt, müssen andere Wege beschritten werden. Wenn bei gleicher Arbeitszeit immer weniger Menschen aufgrund der technischen Entwicklung immer mehr produzieren, muss die *Arbeit* logischerweise *umverteilt* werden, damit es genügend Arbeit für alle gibt.

Allgemeine Arbeitszeitverkürzung mit weitgehendem Flexibilisierungsspielraum

Allgemeine Arbeitszeitverkürzungen erweisen sich nicht nur aus Beschäftigungsgründen als notwendig, sie sind auch ein wichtiges Instrument zur Umverteilung der Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen, ferner liegen sie ökologisch richtig. Soweit Arbeitszeitverkürzungen im Rahmen der erzielten *Produktivitätsfortschritte* erfolgen, ist es nicht mehr als recht und billig, dass die Lohnabhängigen daran teilhaben und keine Lohneinbusse in Kauf nehmen müssen. Bei weitergehenden Arbeitszeitreduktionen sind die Gewerkschaften in der *Frage des Lohnausgleichs* verhandlungsbereit, wobei für unterdurchschnittliche Einkommen kaum Lohnabstriche zumutbar sind. Allgemeine Arbeitszeitverkürzungen sollen den Betrieben einen weitgehenden Flexibilisierungsspielraum innerhalb eines festgelegten Rahmens ermöglichen und den *individuellen Wünschen der Beschäftigten* optimal Rechnung tragen. Diese sollen wählen können, ob sie einer wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung, längeren Ferien, zusätzlichen Freitagen usw. den Vorzug geben.

Als Alternative zu Massenentlassungen bieten sich auch betriebliche Lösungen an, die über gesetzliche und gesamtarbeitsvertragliche Regelungen hinausgehen. Als Beispiel sei das *VW-Modell* in Deutschland erwähnt. Hier wurde mit

der Gewerkschaft die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 36 auf 28,8 Stunden vereinbart. Mit dieser Reduzierung der Arbeitszeit um 20 Prozent – bei einer Verminderung des Jahreseinkommens um rund 15 Prozent – konnten 20 000 Arbeitsplätze gesichert werden. Die Erhaltung des Arbeitsplatzes war den Beschäftigten offensichtlich wichtiger als eine Lohneinbusse. Der Automobilkonzern VW kennt heute gegen 150 Arbeitszeitmodelle, die auf der 28,8-Stunden-Woche basieren, also eine sehr ausgeprägte Individualisierung. Nebst VW gibt es eine Reihe anderer Beispiele betrieblicher Lösungen, in der Schweiz zum Beispiel das *Tagi-Modell*.

Im Fall *NOVARTIS*, wo bis zu 3600 Entlassungen allein in der Schweiz als Folge der Fusion angekündigt wurden, forderte die Gewerkschaft unter anderem eine generelle Arbeitszeitverkürzung um 10 Prozent, das heisst von 40 auf 36 Wochen-Stunden, und dies bei vollem Lohnausgleich mindestens für die unteren und mittleren Einkommen. *NOVARTIS* lehnte diese Hauptforderung ab, weil der Konzern offenbar keine Vorreiterrolle in der Arbeitszeitverkürzung spielen wollte. Statt dessen setzte er auf frühzeitige Pensionierung und Teilzeitarbeit.

Teilzeitarbeit ohne Diskriminierung

Die Gewerkschaften hätten eine «*Anti-Teilzeitpolitik*» gemacht, sie hätten «immer abgeblockt», rügte Mascha Madörin. Daher liege der Anteil der Männer an Teilzeitbeschäftigten sehr tief, nämlich bei nur 17 Prozent gegenüber 83 Prozent bei den Frauen (1994). Allerdings steht bereits im *Arbeitsprogramm des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes* für die achtziger Jahre der folgende Passus: «Für viele Arbeitnehmer kann die Teilzeitarbeit eine gewünschte und befriedigende Beschäftigungsart sein. Sie darf jedoch keinesfalls Arbeitsplätze der Vollbeschäftigten gefährden oder zur Arbeitgeberwillkür durch «Arbeit auf Abruf» führen, um Vollbeschäftigte einzusparen. Die Teilzeitarbeit ist sowohl in sozialpolitischer wie auch in vertraglicher Hinsicht allen andern Beschäftigungsverhältnissen gleichzustellen.» Aus diesem Abschnitt lässt sich zwar noch eine gewisse Skepsis gegenüber der Teilzeitarbeit herauslesen, seit seiner Verabschiedung (1980) hat innerhalb der Gewerkschaften aber eine weit positivere Einstellung zur Teilzeitarbeit Platz gegriffen, nicht zuletzt dank des zunehmenden Einflusses profilierter Frauen in den leitenden Gewerkschaftsgremien. In einem am SGB-Kongress 1994 verabschiedeten Positionspapier steht z.B.: «Teilzeitarbeit ist heute das Arbeitsmodell, das Frauen vorwiegend zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wählen müssen. Wir verlangen, dass die Teilzeitarbeit vertraglich gesichert und in Arbeits-, Sozialversiche-

rungs- und Aufstiegsbedingungen der Vollzeitarbeit gleichgestellt ist.»

Recht zu geben ist Mascha Madörin – und dem stimmte auch Hans Schäppi zu –, dass sich die Gewerkschaften intensiver für die Rechte der Teilzeitbeschäftigten einsetzen müssen, damit die *Diskriminierungen gegenüber Vollzeitbeschäftigten* endlich verschwinden. Abzulehnen ist Teilzeitarbeit als Gegenprogramm zur generellen Arbeitszeitverkürzung. Die Unternehmungsberatungsfirma McKinsey weist in diese Richtung, und dafür haben auch viele Arbeitgeber ein offenes Ohr.

Existenzsicherndes Grundeinkommen für alle?

Mit viel Verve votierte Mascha Madörin für ein existenzsicherndes Grundeinkommen, um das soziale Sicherheitsnetz auf alle auszudehnen, ohne Koppelung an die Arbeitsleistung. Nach Schätzung des Büros BASS (1992) besteht pro Jahr eine *Fraueneinkommenslücke von gut 70 Milliarden Franken* unter Einbezug von Lohnsummenlücken und Hausarbeit. Ein existenzsicherndes Grundeinkommen böte insbesondere vielen Frauen vermehrte finanzielle Unabhängigkeit und damit einen grösseren Freiheitsraum. Es sei daher nicht überraschend, sagte Mascha Madörin, dass viele Frauen der Garantie eines existenzsichernden Minmaleinkommens mindestens soviel Sympathie entgegenbringen wie Massnahmen, die sich um die Umverteilung von Erwerbsarbeit oder Bezahlung bisher unbezahlter Leistungen drehen. Ein garantiertes Grundeinkommen hält sie auch für eine wichtige Voraussetzung, um alternative Lebens- und Arbeitsformen zu verwirklichen.

Gemäss Hans Schäppi sind die Meinungen bezüglich garantiertem Grundeinkommen in den Gewerkschaften kontrovers. Er selbst habe sich noch nicht festgelegt. Seine *Gewerkschaft GBI* spricht sich in der Broschüre «Zukunft der Arbeit» (März 1997) *gegen ein solches Grundeinkommen* aus. Die Zweidrittelsgesellschaft werde damit zwar «abgefedert», aber auch institutionalisiert. Da es sich beim existenzsichernden Grundeinkommen um ein sehr zentrales Problem künftiger Sozialpolitik handelt, werden sich die «Neuen Wege» vermehrt mit dem Für und Wider auseinandersetzen müssen.

Eine Reihe weiterer Fragen wurden an der Veranstaltung diskutiert, wie zum Beispiel die Bedeutung der *Regionalpolitik*, um Arbeitsplätze zu erhalten. Aus Zeitgründen blieb ein wichtiger Aspekt unerwähnt: die europäische und internationale Zusammenarbeit auf staatlicher und gewerkschaftlicher Ebene als Gegengewicht zur Macht multinationaler Konzerne.

Ferdi Troxler